

BERNER MOTORFAHRZEUGSTEUERN

Grün und ein wenig günstiger

Die Motorfahrzeugsteuern im Kanton Bern werden ökologisiert und ein klein wenig gesenkt. Damit hat Bern voraussichtlich nicht mehr die höchsten Autosteuern im Land. Die Änderung tritt wie geplant 2011 in Kraft.

Der Grosse Rat hat das neue Motorfahrzeugsteuer-Regime gestern in zweiter Lesung definitiv verabschiedet. Die Revision, die zuletzt mit 105 zu 22 Stimmen gutgeheissen wurde, umfasst zwei Kernpunkte. Erstens: eine moderate Steuersenkung für alle Fahrzeugarten um 20 Franken auf den ersten 1000 Kilo. Zweitens: eine Ökologisierung, die vorsieht, dass Besitzer von weniger umweltschädlichen Autos bis zu vier Jahre lang entlastet und Besitzer von umweltschädlicheren Wagen dauerhaft belastet werden. Die Grundzüge standen schon nach der ersten Lesung fest (siehe Kasten).

Debatte um Flottenrabatt

In der zweiten Lesung ging es vor allem erneut um die Frage, wann die Revision in Kraft treten soll. Regierung und Linke wollten die Steuersenkung erst 2014 statt 2011 gewähren, um die Kantonskasse zu schonen; dieser entgegen laut Prognose in diesen drei Jahren rund 55 Millionen Franken. Die bürgerliche Mehrheit lehnte diese Variante aber erneut ab, mit 82 zu 69 Stimmen. Damit tritt die ganze Änderung 2011 in Kraft.

Daneben ging es um den Flottenrabatt: Heute erhalten Autobesitzer - in der Regel Unternehmen -, die mehr als 50 000 Franken Motorfahrzeugsteuern be-



Brachte die Kommissionsvorschläge zur Autosteuer sicher durch die Debatte: Kommissionspräsident Christian Hadorn (SVP).

Andreas Blatter

zahlen müssen, einen Rabatt von 10 Prozent; wer mehr als 100 000 Franken bezahlt, erhält auf diesem Teil der Steuerrechnung sogar 20 Prozent Rabatt. Vertreter von SVP und FDP versuchten, die Schwelle auf 25 000 Franken zu senken. Damit wären zusätzlich rund 300 Firmen um-

total etwa 800 000 Franken entlastet worden, wie Polizeidirektor Hans-Jürg Käser (FDP) sagte. Durch den heute gültigen Rabatt entgehen dem Kanton total rund 1,5 Millionen Franken.

Käser argumentierte zudem, der Vollzugaufwand werde zunehmen, weil der Grossteil der Rabattfälle von Hand erledigt werden müsse. Angesichts des Mehraufwands bringe die Entlastung substantiell zu wenig. Dies überzeugte die Mehrheit, die mit 71 gegen 66 Stimmen für die heutige Regelung stimmte.

Zudem beschloss der Grosse Rat, dass auch Autos, die schon vom 1. August bis Ende 2010 eingelöst werden, unter das neue Regime fallen. Auf August 2010 will der Bund die neue Umweltetikette für Personewagen in Kraft setzen, auf der die Ökologi-

sierung der bernischen Motorfahrzeugsteuer basiert.

Bern neu auf Platz 24?

Unter dem Strich führt das neue Regime beim Kanton vorübergehend zu tieferen Einnahmen, die über die Jahre wieder ansteigen - schon nur, weil ständig neue Autos eingelöst werden. Die Senkung der Steuer begründet die Regierung auch damit, dass der Kanton Bern heute die schweizweit höchsten Motorfahrzeugsteuern erhebt. Mit der jetzigen Revision sollte Bern laut Regierung «voraussichtlich» vom 26. auf den 24. Platz aufsteigen. Dadurch und durch die «Förderung energieeffizienter Fahrzeuge» könne «der Wirtschaftspol Kanton Bern attraktiver gestaltet» werden, glaubt der Regierungsrat. **SGS/FAB**

DAS SYSTEM

Rabatt oder Zuschlag

Bern führt auf der Basis der geplanten Umweltetikette für Autos ein Bonus-Malus-System ein. Für die saubersten Autos (Kategorien A und B) und Elektroautos ist bis zu vier Jahre lang ein Rabatt von 60 bis 80 respektive 20 bis 40 Prozent geplant. Für Autos der Klassen C und D ist die normale Steuer geschuldet. Die unbefristeten Zuschläge betragen für Autos im E bis zu 20 Prozent, im F und G 20 bis 40 respektive 40 bis 60 Prozent. **fs**

O-TON

«Um was handelt es sich hier eigentlich? Um einen flotten Rabatt oder um einen Flottenrabatt?»

SVP-Grossrat Christian Hadorn (Ochlenberg) ist im Rat immer wieder für einen flotten Spruch gut.

KOMMENTAR



FABIAN SCHÄFER

Taten statt Worte

Seit längerem ist fast schon naive Zuversicht nötig, um daran zu glauben, dass im Kanton Bern Steuersenkungen möglich sind, die den Namen verdienen. Das hat sich gestern leider bestätigt. Die Fraktionen riefen im Grossen Rat von rechts bis links erneut nach 130 neuen Polizeistellen. Zuvor fand es eine knappe Mehrheit um die SVP sogar nötig, im Oberland mehr Trau- und Zeremonielokale zu verlangen. Gewiss: Es scheint gottgegeben zu sein, dass Bern mehr Polizisten braucht. Gewiss: Traulokale bewirken keine Riesenkosten.

Trotzdem: Eiserner Sparwille sieht anders aus. Die Beschlüsse entspringen der Haltung, dass der Staat immer mehr machen müsse. Diese Ansicht ist auch bei den Bürgerlichen allzu weit verbreitet. Das wird sie nicht daran hindern, in der Budget- und Steuerdebatte nächste Woche einen harten Sparkurs zu fordern. Bisher haben sie nicht bewiesen, dass sie es damit ernst meinen. fabian.schaefer@bernerzeitung.ch

TRAULOKALE

Erfolg für die Oberländer

Die Oberländer kämpften im bernischen Grossen Rat für mehr besondere Traulokale - und hatten überraschend Erfolg.

Das wollten die Oberländer nicht hinnehmen: dass der Kanton in den neuen Zivilstandskreisen nur noch zwei besondere Traulokale zulassen würde. In zwei parteiübergreifenden Motionen forderten sie den Regierungsrat auf, in der Verordnung über das Zivilstandswesen pro Kreis neben dem amtlichen

noch mindestens fünf spezielle Traulokale vorzusehen.

«Psychologisch wichtig»

Zu gross seien die Einnahmen, die den Regionen sonst verloren gingen, sagte Erstunterzeichner Walter Messerli (SVP, Interlaken). Auch Randregionen wie das Emmental und der Oberaargau würden Trauungen und damit Festgesellschaften verlieren. Wegen der knappen Finanzen hat sie die Anstellung der ersten 25 neuen Polizisten auf 2011 verlagert. Das war aus terminlichen Gründen nicht mehr zu ändern (wir berichteten). Gestern ging es nur um die Frage, ob ein Vor-

stoss, der «Taten statt Worte» forderte, als erfüllt abgeschrieben werden soll. Die Regierung regte dies an, da alles Nötige in die Wege geleitet sei. Zwischen den Zeilen machte Polizeidirektor Hans-Jürg Käser aber klar, dass er gut damit leben kann, wenn der Vorstoss nicht abgeschrieben wird. So kam es auch: Mit 116 zu 23 Stimmen beschloss der Rat, den Druck auf die Regierung hochzuhalten. **FAB**

«Mikrothema» der Traulokale habe im Budget kaum Einfluss, «aber für die Regionen ist es psychologisch wichtig, dass sie einmal etwas zurück bekommen».

Käser nennt die Lokale

Polizeidirektor Hans-Jürg Käser (FDP) bezweifelte die grosse wirtschaftliche Bedeutung der zusätzlichen zivilen Traulokale. Er zählte auf, wo der Kanton voraussichtlich je ein externes Lokal bewilligen werde: in La Neuveville, auf der St. Petersinsel, in den Schlössern Aarberg, Trachselwald, Burgdorf, Scha-

dau, Spiez und Oberhofen sowie im Grand Hotel Giessbach und im Hotel Blausee, Kandergrund. Weil der Bund die Gebühren für Ziviltrauungen vorschreibe und diese nicht kostendeckend seien, könne der Kanton nicht «an jedem x-beliebigen Triangulationspunkt» solche Lokale anbieten, sagte Käser.

Überraschend - mit 66 zu 64 respektive 67 zu 54 Stimmen - nahm der Grosse Rat die Vorstösse an. Doch es handelt sich bloss um Richtlinienmotionen; die Regierung ist abschliessend zuständig. **SUSANNE GRAF**

GROSSER RAT

Alle wollen mehr Polizisten

Man war sich von ganz rechts bis ganz links einig: Das Korps der Berner Kantonspolizei soll um 130 Stellen ausgebaut werden.

Die Fraktionssprecher mussten gestern im Grossen Rat einige Fantasie aufwenden, um endlose Wiederholungen zu vermeiden: Alle waren sich einig, dass 130 neue Polizeistellen nötig

sind. Kein einziges Votum dagegen wurde laut; zuletzt stimmten nur zwei Grossräte dagegen.

Auch die Regierung will die Polizei ausbauen - aber nicht so rasch wie ursprünglich geplant: Wegen der knappen Finanzen hat sie die Anstellung der ersten 25 neuen Polizisten auf 2011 verlagert. Das war aus terminlichen Gründen nicht mehr zu ändern (wir berichteten). Gestern ging es nur um die Frage, ob ein Vor-

stoss, der «Taten statt Worte» forderte, als erfüllt abgeschrieben werden soll. Die Regierung regte dies an, da alles Nötige in die Wege geleitet sei. Zwischen den Zeilen machte Polizeidirektor Hans-Jürg Käser aber klar, dass er gut damit leben kann, wenn der Vorstoss nicht abgeschrieben wird. So kam es auch: Mit 116 zu 23 Stimmen beschloss der Rat, den Druck auf die Regierung hochzuhalten. **FAB**

In Kürze

KANTON BERN

Länger in den Zivilschutz

Bisher konnten die bernischen Gemeinden die Kadermitglieder des Bevölkerungsschutzes höchstens fünf Tage für Wiederholungskurse aufbieten. Neu müssen diese mit bis zu 14-tägigen Kursen rechnen. Der Grosse Rat stimmte gestern der Änderung im kantonalen Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz mit grossem Mehr zu. Die Anpassung wurde nötig, weil mit den Regionalisierungen die Anforderungen an die einzelnen Kadermitglieder gestiegen sind. **sgs**

GEWALTDELIKTE

Kantone klären gemeinsam auf

Einstimmig hat der bernische Grosse Rat gestern einer interkantonalen Vereinbarung zugestimmt, dem ViCLAS-Konkordat. Dabei geht es um die computergestützte Zusammenarbeit bei der Aufklärung von Gewaltdelikten. Das Analysesystem soll bei der Überführung von Serientätern helfen. Der Kanton Bern hat dieses als Pilotbetrieb bereits 2003 eingeführt. Er übernimmt die Aufsicht über das Konkordat und führt die Zentralstelle. **sgs**

WASSERKRAFT

Auch Grüne sind gegen Revision

Nach dem kantonalen Fischerei-Verband und Pro Natura Bern sprechen sich auch die Grünen gegen die Vorschläge des Regierungsrats zur Revision des kantonalen Wassernutzungsgesetzes (WNG) aus. Sie lehnen sowohl die Neudefinition einer wesentlichen Konzessionsänderung als auch die tieferen Wasserzinsen ab. Erstes könnte im Widerspruch zum Bundesrecht stehen, schreiben die Grünen. Die SP hingegen, die Partei von Energiedirektorin Barbara Egger, lehnt nur die höheren Wasserzinsen ab. **drh**

WAHLEN 2010

CVP will in die Berner Regierung

Die CVP Kanton Bern stellt bei den kantonalen Wahlen vom 28. März 2010 eine Kandidatin für den Regierungsrat. Die Delegierten nominierten Alexandra Perina, die Sekretärin der CVP-EVP-glp-Bundeshausfraktion. Sie setzte sich gegen Josef Rothenfluh aus dem Seeland durch. Bei den Wahlen 2006 verpasste die CVP mit Konrad Hädener den Einzug in die siebenköpfige Regierung klar. Er landete auf dem 13. Platz. **drh**



Noch mehr Arbeitslose?

Ende Oktober waren 158'000 Personen arbeitslos. 2010 wird die Arbeitslosenquote selbst ohne die Initiative auf 5 Prozent steigen. Die Exportverbotsinitiative vernichtet unnötig weitere 10'000 Arbeitsplätze.

Am 29. November

Exportverbote NEIN
GSoA-Initiative

www.exportverbot-nein.ch